

180 Julea  
1 1/2 Tag Aufwand  
(à 413.- pro Tag)

"Frieden ist unteilbar"

"Wie unserem Zorn und unserer Ohnmacht  
Ausdruck geben?"

5

In der Schweiz rufen die im Friedensforum  
Zürich zusammengefassten  
Friedensbewegungen und -organisationen zu  
Mahnwachen und Schweigedemonstrationen,  
10 zu Debatten und Diskussionsveranstaltungen  
auf, zu einem wöchentlichen Fasttag und zur  
Teilnahme an den Internationalen  
Friedenscamps in Bagdad sowie an der  
irakisch-saudischen Grenze, zur Abfassung von  
15 Protestbriefen und -telegrammen im  
Schneeballsystem an Bundesrat Felber, an  
Bush und an Saddam Hussein: hier in der  
Schweiz wie anderswo in Europa ungezählte  
Aktionen, die alle als Ausdruck der  
20 Hilflosigkeit dem drohenden Krieg gegenüber  
wirken. Die Frage, wie von der Schweiz aus  
noch aktive Friedenspolitik betrieben werden  
kann, wird jedoch nicht nur mit Resignation  
beantwortet.

25

Von Maja Wicki

"Immer wieder stehe ich vor dem gleichen Di-  
lemma", sagt Claudia Gähwiler vom  
30 Schweizerischen Friedensrat. "Alle unsere

Aktionen können nichts verändern. Sie haben keine zwingende Macht. Und trotzdem sind sie wichtig. Sie sollen die Öffentlichkeit aufwecken, sie sollen zeigen, dass wir nicht  
 5 völlig resignieren". Sie spricht über die Schwierigkeit, dem Zorn und der Angst Ausdruck zu geben. "Sind Mahnwachen und Schweigestunden vielleicht die getreueste Form?"

10

#### Dezentrale Aktionen überall in der Schweiz

Das Friedensforum Zürich ist eine Art Dachorganisation, der sich über ein Dutzend Bewegungen und Organisationen angeschlossen haben.  
 15 Für alle gilt als Maxime des Engagements das Wort des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Vaclav Havel "Frieden ist unteilbar". Die Aerztinnen und Aerzte für Soziale  
 20 Verantwortung gehören dazu, sodann das Bresche-Forum, die Centrale Sanitaire Suisse, der Christliche Friedensdienst, die Frauen für den Frieden, die Gruppe Schweiz ohne Armee, die Internationale Frauenliga für Frieden und  
 25 Freiheit, die Jungsozialistinnen und -sozialisten Zürich, die Partei der Arbeit Zürich, die Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz, der Schweizerische Friedensrat, der Internationale Versöhnungsbund Deutsch-

schweizer Zweig und die Zürcher Freiplatzaktion für Asylsuchende.

Schon im vergangenen Dezember haben sich diese Organisationen zum Zweck des koordinierten Protestes gegen die Truppenaufgebote und Kriegsdrohungen im Golf zusammengeschlossen und eine gemeinsame Verlautbarung herausgegeben, die, wie Stella Jegher vom Christlichen Friedensdienst bitter feststellt, von den Medien jedoch völlig boykottiert worden sei. "Keine einzige Zeitung, kein Radio- oder Fernsehprogramm brachte unseren Protest. Wie soll so die Stimme der Machtlosen gehört werden? Im übrigen sieht man in der ganzen Welt, wie die Informationsflüsse laufen. Man braucht bloss die jungen Iraki am Fernsehschirm zu sehen, die sich in blindem Glauben freiwillig für den Krieg melden". Sie fährt fort, dass seit Jahren alle Initiativen gegen Gewalt und Waffeneinsatz, das heisst die kontinuierliche Arbeit der zahlreichen engagierten Organisationen für eine Stärkung des Friedens in der Welt, in der Öffentlichkeit wenig Beachtung fanden.

"Dagegen trug auch die Schweiz aktiv zur Kriegsvorbereitung bei, durch die millionenschwere Ausfuhr von Waffen, von Chemikalien und Technologie. Die jetzige Haltung des Bundesrates und sein Angebot,

sogenannt 'guter' Dienste' zu leisten, kann einen nun nur zornig stimmen".

Das Friedensforum verlangt vom Bundesrat eine aktive Friedenspolitik: Dass er einen umfassenden Waffenexportstop für den ganzen arabischen Raum, auch für die Türkei, verfüge, dass die Rüstungsausfuhrkontrolle auch auf die chemische Industrie und auf Waffenfinanzierungs- und Waffenvermittlungsgeschäfte ausgedehnt werde, dass er sich für eine Nah-Ost-Friedenskonferenz unter Einbezug der PLO einsetze und dass er Kriegsdienstverweigerern Asyl gewähre.

Für den 15. Januar rufen (ev. riefen) die Friedensorganisationen zu einem landesweiten Aktionstag "Nein zum Krieg am Golf" auf. In allen Städten und in den kleineren Orten soll sich der Protest in Demonstrationen und Kundgebungen äussern, und diese sollen auch nach dem 15. nicht versickern, sondern auf dezentrale Weise fortgesetzt werden. "Gegen die drohende Vernichtung ungezählter Menschenleben haben wir nichts in der Hand als unserern unermüdlichen Willen zum Protest und unseren physischen Einsatz für den Frieden", erklärt auch Ueli Wildberger von Internationalen Versöhnungsbund. "Unser Bund, der 1919 nach dem Morden des 1. Weltkriegs gegründet wurde, lässt nicht nach zu fordern, dass die Gespräche zwischen den

beiden Lagern fortgeführt werden, eventuell im Rahmen einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz, und dass inzwischen die von der UNO festgesetzten Sanktionen weiterwirken. Wir sind überzeugt, dass für alle Differenzen zwischen Nationen eine politische Lösung gefunden werden kann. Mit Waffengewalt kann dagegen kein Konflikt gelöst werden".

10

### "Totaler Boykott statt totaler Krieg"

Die Gewerkschaften, die traditionellerweise eine Anti-Kriegshaltung vertreten, wirken von der drohenden Eskalation am Golf wie überfordert. In einem Communiqué des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes an den Bundesrat, das unmittelbar vor den Gesprächen in Genf erlassen wurde, wird die Verlängerung der Sanktionen gegen Saddam Hussein verlangt. "Totaler Boykott statt totaler Krieg", zitiert Dani Nordmann vom VPOD den Wortlaut. "Sollten die Rechte Kuwaits nicht durch Gespräche wiederhergestellt werden, so soll ein strenger Boykott Iraks weitergeführt werden, bis dieser durch seine Dauer eine volle Wirkung erziele". Auch Eric Herzog, Informationschef der Gewerkschaft Bau und Holz, betont, dass weder im Zentralverband noch in der Landesdelegiertenversammlung der

Golfkonflikt ausdrücklich zum Thema gemacht worden sei, ausser indirekt durch die an den Bundesrat gerichtete Forderung nach einer offeneren und grosszügigeren schweizerischen Asylpolitik, insbesondere kurdischen Flüchtlingen gegenüber.

#### Ausschaffungsstop für Kurdinnen und Kurden

10 Angeline Fankhauser, Zentralsekretärin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks, ist erbittert über die minimalistische Haltung des Bundesrates. "Wir sind verpflichtet, mehr zu tun. Es genügt nicht, dass wir uns selbst  
15 schützen. Wir müssen diejenigen schützen, die echt gefährdet sind. Kurdinnen und Kurden dürfen nicht weiter 'ausgeschafft' werden, im Gegenteil, es muss denjenigen, die bei uns um Asyl nachsuchen, die Möglichkeit gegeben  
20 werden, dass sie ihre bedrohten Familienangehörigen nachkommen lassen dürfen. Wir haben genug Mittel und es ist genug Platz bei uns".

Angeline Fankhauser betont ebenfalls, dass die  
25 Schweiz sich ihres Anteils an der Aufrüstung der Welt bewusst werden müsse; ihrer Verantwortung könne sie nur durch eine aktive Friedenspolitik, in erster Linie durch eine gerechtere Flüchtlingspolitik, gerecht werden. "Wir  
30 müssen uns zur Friedenssicherung international

besser vernetzen, gewerkschaftlich und politisch. Und wir müssen Frauen unterstützen, die bereit sind, in dieser Männerwelt, die zum Krieg treibt, nicht nur passiv, sondern aktiv  
5 friedenssichernde Macht auszuüben".